

ESSAY

# EMPÖRT EUCH – ÜBER EUCH SELBST!

PLÄDOYER GEGEN DIE LEITKULTUR DER VERSCHWENDUNG

VON HARALD WELZER

Seit der Verkündung des Ausstiegs aus der Atomenergie und der Energiewende geht ein Gespenst durch das Land: Es heißt „Ökodiktatur“. Und davor warnen ausgerechnet diejenigen, die bislang nicht unbedingt als glühende Verteidiger demokratischer Verfahren hervorgetreten sind. Allen voran der multiple Industriedino Jürgen Großmann und sein erneuerbarer Adlatus Fritz Vahrenholt, beide höchste Funktionsträger beim Energiekonzern RWE. Vahrenholt nahm neulich in einem Artikel für die „Welt“ in einer Kritik am ökologischen „Jakobinismus“ indirekt Bezug auf Artikel 25 der Menschenrechte, als er schrieb, dass die energetische Transformation der Gesellschaft ein „Höchstmaß an Idealismus, Altruismus und Opferbereitschaft“ von den Bürgern verlange, was „auf demokratischem Weg nicht zu verwirklichen“ sei. Warum nämlich, so Vahrenholts rhetorische Frage, „sollten die Menschen weltweit freiwillig auf ihre Ansprüche an materielle Wohlfahrt und Sicherheit verzichten?“

In der Tat heißt es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung.“ Aber damit verknüpfen sich zwei Fragen, die Vahrenholt vermutlich nicht im Sinn hatte: was nämlich erstens das Maß für einen menschenrechtlich angemessenen Lebensstandard ist und wie dieses wohl zweitens „weltweit“ standardisiert ausfiele?

Das gefühlte Menschenrecht auf einen Lebensstandard, der vier Urlaubsreisen pro Jahr, drei Autos pro Familie und das tägliche Wegwerfen von Nahrungsmitteln in aller Selbstverständlichkeit voraussetzt, hatte die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 jedenfalls nicht im Sinn, als sie Artikel 25 verabschiedete. Tatsächlich besteht das „Höchstmaß an Opferbereitschaft“ unter Deutschlands Eliten heute wohl vor allem darin, bis zu zwölf Monate auf die Auslieferung des bestellten Porsche Cayenne warten zu müssen.

Weil sie alle diese Kampfwagen gegen das Weltklima fahren wollen. Nicht nur die umweltmäßig eher unmusikalischen Chinesen, sondern vor allem die Deutschen, die schon letztes Jahr 20 Prozent mehr SUVs kauften als 2009, um damit durch die deutschen Innenstädte zu pflügen und Kindern und Radfahrern Angst zu machen. Damit leisteten die Konsumbürger dieses Typs einen wesentlichen Beitrag dazu, dass das Jahr 2010 einen

weitgehend unbeachteten Rekord zu verzeichnen hatte: Nie zuvor in der Menschheitsgeschichte wurde nämlich mehr Energie verbraucht. Um 5,6 Prozent stieg der globale Energiekonsum an; die damit einhergehenden klimarelevanten Emissionen sogar um 5,8 Prozent.

Energiewende? Das kann man so nicht sagen. Trotz Kyoto, Kopenhagen und Cancun erhöhen sich Energieverbrauch und Emissionen jedes Jahr. Kurzzeitig unterbrochen nur durch die Weltwirtschaftskrise ist eine kontinuierliche Beschleunigung im Abbau von Ressourcen und in der Zerstörung des Planeten und seiner Atmosphäre zu verzeichnen. Allein in den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich der weltweite Ausstoß von Treibhausgasen nahezu verdoppelt, und für die nächste Verdoppelung wird es nur noch ein Jahrzehnt brauchen, falls der Energiehunger der Industrie- und Schwellenländer weiterhin so schnell wächst wie im Augenblick. Der Erdölverbrauch, der gegenwärtig ein Drittel des Primärenergieverbrauchs ausmacht, wird heutigen Prognosen zufolge von 84 Millionen Barrel täglich im Jahr 2005 auf 116 Millionen Barrel bis 2030 ansteigen, bei kontinuierlich erschwertem Zugang und damit erhöhten Umwelt Risiken.

Aber wie kann das eigentlich alles sein, wo doch heute die ganze Republik und, bis auf die ewig zurückgebliebene Linke, ihre Parteien

ergrünt sind? Und vor allem: nach nunmehr fast 40 Jahren („Die Grenzen des Wachstums“ ist 1972 erschienen) Aufklärung über Umweltschutz, Klimaschutz und Nachhaltigkeit? Wieso zeigen die Kurven zu Ressourcen- und Umweltverbrauch steil nach oben, wenn die Deutschen zugleich so umwelt- und energiebewusst sind, dass sie in Sachen Atomausstieg stolz zum deutschen Sonderweg stehen und auch sonst gern kopfschüttelnd in Kuala Lumpur oder Dakar aus dem Flieger steigen und feststellen, dass die Leute andernorts ihren Dreck noch ganz entspannt auf die Straße oder in den Fluss schmeißen?

Die Antwort ist einfach: Weil in diesen selben Jahrzehnten der Konsum kontinuierlich angestiegen ist, und mit ihm der Materialverbrauch und damit die Mengen an Müll und Emissionen. War zum Beispiel ein Mini vor 50 Jahren tatsächlich klein und transportierte mit 34 PS und 617 Kilogramm Gewicht immerhin vier Personen, gibt es ihn heute als Kompaktwagen, Cabrio, Kombi, Coupé und SUV mit bis zu 211 PS und 1470 Kilogramm Gewicht.

In den Haushalten finden sich mehrere Flatscreens, eine Klimaanlage, ein amerikanischer Kühlschrank mit Eiswürfelbereiter (falls mal Dean Martin vorbeikommt) und überhaupt



Shoppingstraße in München

## Die Menge gekaufter Kleidung hat sich in zehn Jahren verdoppelt.

WOLFGANG MARIA WIEBER / DER SPIEGEL

eine sogenannte Landhausküche, mit deren technischer Ausrüstung man auch zwei vollbelegte Jugendherbergen versorgen könnte. Die Menge an gekaufter Kleidung hat sich in der westlichen Welt in nur einem Jahrzehnt verdoppelt. Die Ikearisierung der Welt, also die Verwandlung langlebiger Konsumgüter in kurzlebige, schreitet mit irrsinniger Geschwindigkeit voran. Die Nutzungszeit bei elektronischen Geräten verkürzt sich rasant, den unermüdlichen Steve Jobs und Bill Gates sei Dank, und mittlerweile werden in den USA 40 Prozent und in Europa 30 Prozent der Nahrungsmittel als Dreck entsorgt, weil sie nur noch gekauft, aber nicht mehr gegessen werden.

Genau so aber soll es sein in einer Wachstumswirtschaft: Sie funktioniert nur, wenn sie über die Befriedigung der vitalen Bedürfnisse – und das sind die des Artikels 25 – hinaus pausenlos neue Bedürfnisse erfindet und Verbraucher in dumpfe Befriediger von Wünschen verwandelt, von denen sie kurz zuvor noch gar nicht wussten, dass sie sie hatten.

All dies mit sich machen zu lassen und seine Welt mit Plunder vollzustellen darf in den reichen Gesellschaften als gefühltes Menschenrecht gelten. Als ich vor einigen Jahren in einer Talkshow vorschlug, die Leute sollten im Urlaub mal zu Hause bleiben und nicht dauernd irgendwohin fliegen, bekam ich wütende Anrufe selbst aus meinem Freundeskreis. So tief verwurzelt ist die Vorstellung, dass einem einfach zustehe, was die Benutzeroberfläche der Konsumgesellschaft feilbietet. Tut es aber nicht, denn es ist mit Raubbau an den Überlebensressourcen anderer Menschen und vor allem künftiger Menschen erwirtschaftet.

Von der Globalisierung heißt es, sie entwickle allgemeinen Wohlstand, lasse neue Mittelklassen entstehen und reduziere soziale Ungleichheit und Armut. Der Stand der Dinge: Ein Siebtel der Menschheit ist unterernährt, zwei Milliarden Menschen haben keine ausreichende medizinische Versorgung, eine Milliarde hat keinen Zugang zu sauberem Wasser, mehr als 200 Millionen Kinder sind Soldaten, Prostituierte, Wanderarbeiter und Teppichknüpfer.

So betrachtet ist Artikel 25 für die unterste Milliarde nicht mehr als eine Utopie, aber der größere Skandal ist, dass die Ungleichheit national wie global keineswegs abnimmt: Ungefähr 1200 Menschen verfügen gegenwärtig über rund drei Prozent des weltweiten Privatvermögens, die Hälfte der Menschheit dagegen nur über weniger als zwei Prozent.

Und wenn man davon spricht, dass die Leitkultur des Verbrauchs und der Verschwendung, der die westlich geprägten Industrieländer frönen, zurückgeführt werden müsse auf ein überlebensverträgliches Maß, kriegt man zu hören, man könne doch den nachrückenden Gesellschaften nicht den Lebensstandard verwehren, den man für sich selbst in Anspruch nehme.

Dieses Argument ist ideologisch, weil es füglich davon absieht, wie riesengroß die Unterschiede in den Lebenslagen und natürlich im Ressourcenverbrauch weltweit sind, und weil die immer wiederholte Behauptung, alle wollten so sein wie wir, nichts anderes ist als eine psychologisch leicht durchschaubare Legitimation unseres idiotischen Lebensstils: Wenn alle das nachmachen, muss es richtig sein, auch wenn die Zukunft dabei draufgeht. Denn das ist ja, was der Fall ist: Nicht nur wird die wachsende Zerstörungswut der Konsumgesellschaften damit

erkauft, dass die Gewinner reicher und die Verlierer ärmer werden, sie bedeutet auch eine Generationenungerechtigkeit in historisch neuem Maßstab. Da wir in jeglicher Hinsicht mit wachsender Geschwindigkeit die vorhandenen Ressourcen übernutzen, bleibt denjenigen, die heute Kinder und Jugendliche sind, nicht allzu viel übrig, jedenfalls nicht die Freiheit, ihre Zukunft so zu gestalten, wie es den Angehörigen meiner Generation ganz fraglos möglich war.

Die Rückgewinnung von Zukunftsfähigkeit und die Einlösung von Artikel 25 in globaler wie temporaler Perspektive sind eine politische Aufgabe. Eine „Energiewende“ reicht da nicht aus, vonnöten ist eine ganz neue Intoleranz gegenüber der chronischen Verletzung des Menschenrechts auf künftiges Überleben. Tatsächlich war die erste Ökobewegung der siebziger Jahre erheblich politischer als die heutige: Ivan Illich, André Gorz, Hans Jonas und Carl Amery führten die Debatte immer mit Blick nicht auf die Ressourcen allein, sondern auf die gesellschaftliche Praxis, in der sie genutzt werden. Ohne tiefgreifenden Wandel von Wirtschafts- und Lebensweise wird man nicht durch das sich gerade warmlaufende 21. Jahrhundert kommen.

Der Schriftsteller Robert Menasse hat vor einigen Jahren geschrieben, dass „schon der Manchester-Kapitalismus nicht dadurch zivilisiert“ wurde, „dass politische Entscheidungsträger die Kapitalisten submissiv fragten, was diese denn benötigen würden, um konkurrenzfähig zu bleiben und den ‚Standort Manchester‘ zu sichern, sondern im Gegenteil dadurch, dass die Politik dem Kapital Grenzen setzte und Schritt für Schritt vernünftiger Rahmenbedingungen gab. Hätte man die Kapitalisten gefragt, sie hätten ehrlich und glaubhaft und leider auch vernünftig (nach den Gesetzen ihrer Vernunft) versichert, dass ohne Kinderarbeit und ohne Zwölf-Stunden-Tag gar nichts ginge. Es bedurfte politischer Entscheidungen, und sie mussten gegen mächtige Widerstände getroffen werden – aber sie wurden getroffen: Kinderarbeit wurde verboten, der Acht-Stunden-Tag durchgesetzt.“ Weder die Abschaffung der Sklaverei noch die Erämpfung der Bürgerrechte in den

USA waren Ergebnisse herrschaftsfreier Kommunikation, und genau an diesen Beispielen sieht man, dass Modernisierung immer das Resultat eines mühsam erkämpften Abbaus von Privilegien ist.

Aus diesem Grund sind unsere Gegenwartsgesellschaft und ihre Politik so antiquiert: weil sie darauf verzichten, Privilegien der Ressourcennutzung so einzuschränken, wie es in der Geschichte der Moderne immer der Fall war. Die Politik tritt auf der Stelle, weil Privilegiensicherung zum einzigen Inhalt des Politischen geworden ist. Man kann das als Diktatur der Gegenwart auf Kosten der Zukunft bezeichnen. Oder als Gegenteil von Intelligenz. Auf keinen Fall aber als Menschenrecht.



Kinder auf einer Müllhalde in Manila

### Ein Siebtel der Menschheit ist unterernährt.

Welzer, 52, ist Direktor des Center for Interdisciplinary Memory Research in Essen. Sein Essay beruht auf einem Vortrag, den Welzer in einer Reihe zum Thema Menschenrechte gehalten hat, die der S. Fischer Verlag zum Jubiläum seines 125-jährigen Bestehens in Frankfurt am Main veranstaltet.



THOMAS LANGREDER / VISUM